

## Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen

### Hintergrund

- Durch das sog. „Tarifautonomie-Stärkungsgesetz“ vom 11.08.2014 sind die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Allgemeinverbindlichkeit (AVE) von Tarifverträgen erleichtert worden. Das BMAS kann nach § 5 TVG einen Tarifvertrag im Einvernehmen mit dem Tarifausschuss auf gemeinsamen Antrag der Tarifvertragsparteien für allgemeinverbindlich erklären, wenn die AVE im öffentlichen Interesse geboten erscheint. Das öffentliche Interesse liegt in der Regel vor, wenn der Tarifvertrag entweder in seinem Geltungsbereich für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen überwiegende Bedeutung erlangt hat oder die Absicherung der Wirksamkeit der tarifvertraglichen Normsetzung gegen die Folgen wirtschaftlicher Fehlentwicklung eine AVE verlangt.
- Aktuell sind von den rund 73.000 im Tarifregister des BMAS eingetragenen Tarifverträgen nur 443 (= 0,6 %) für allgemeinverbindlich erklärt.
- Die unmittelbare Tarifbindung der Beschäftigten im Einzelhandel lag 2016 nach dem IAB Betriebspanel bei 41 % (West) bzw. 33 % (Ost). In der Gesamtwirtschaft lag die Tarifbindung bei 51 % (West) bzw. 36 % (Ost).

### Aktuelle Lage

- Die SPD, Die Grünen und Die Linke haben in ihren Wahlprogrammen die Verbesserung der Rechtssicherheit bei Allgemeinverbindlichkeitserklärungen sowie die Vereinfachung bzw. Erleichterung der AVE-Voraussetzungen angekündigt. Die CDU will u. a. eine Stärkung der Tarifbindung erreichen.
- ver.di hat die AVE-Kampagne „Einer für alle!“ durchgeführt. Neben einer Postkartenaktion wurden auch zwei Veranstaltungen (Stärkung der Tarifbindung am 16.05.2017, AVE-Symposium am 24.07.2017) und eine Abschlusskundgebung in Düsseldorf („Tarifflüchtige Einfangen“ am 09.09.2017) abgehalten.

### Position

- Der HDE lehnt eine weitere Vereinfachung bzw. Erleichterung der gesetzlichen AVE-Voraussetzungen sowie eine AVE der Tarifverträge des Einzelhandels ab. Die AVE sollte als Instrument staatlicher „Zwangserstreckung“ von Tarifverträgen die Ausnahme bleiben. Punktuell kann eine AVE Sinn machen, z. B. bei der Einführung eines Branchenmindestlohns. Seit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns besteht hierfür im Einzelhandel kein Bedarf mehr.
- Der Ansatz, über eine AVE die Tarifbindung im Einzelhandel zu erhöhen, ist grundsätzlich falsch. Die Tarifbindung erhöht sich, wenn den Unternehmen zeitgemäße und praktikable Tarifverträge zur Verfügung stehen, nicht jedoch, wenn staatlicher Zwang über eine AVE ausgeübt wird (Akzeptanz statt „Zwangserstreckung“). Eine AVE kann für die Tarifbindung sogar kontraproduktiv sein, weil dann auch sog. Außenseiter tarifliche Ansprüche geltend machen können. Eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft wird dann möglicherweise uninteressant.
- Tarifautonomie im Sinne der Verfassung umfasst sowohl das Recht, sich einem Tarifvertrag anzuschließen, als auch, dies nicht zu tun. Eine AVE stellt immer einen Eingriff in die negative Koalitionsfreiheit nach Art. 9 Abs. 3 GG dar, der eine Ausnahme sein sollte und besonderer Rechtfertigung bedarf.
- Die von der Arbeitgeberseite seit Jahren geforderte Modernisierung der Tarifverträge im Einzelhandel ist unabdingbar, um Unternehmen wieder für Tarifverträge zu gewinnen. Neben der längst überfälligen Reform der veralteten Entgeltstruktur sind auch Flexibilisierungsmöglichkeiten z. B. bei der Arbeitszeitgestaltung notwendig. Der Online-Handel findet sich in den Tarifverträgen bisher nicht hinreichend wieder.
- Da es den Tarifpartnern trotz jahrelanger Verhandlungen nicht gelungen ist, die Tarifverträge des Einzelhandels an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, haben viele Unternehmen das Interesse an einer Tarifbindung verloren. Dadurch ist auf Arbeitgeberseite auch die Akzeptanz für allgemeinverbindliche Tarifverträge weggefallen.